

Allerdings setzten sie sich noch nicht mit den Grundsatzfragen auseinander, sondern kritisierten wie auch andere Gruppen die Unterlassung rechtzeitiger Anhörung der Wirtschaft; in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation könne es nicht um eine Sanierung, sondern nur um eine Erhaltung der Grundlagen gehen. Als die breiten Einheitsversicherungsdebatten einsetzten, hielten sich die Unternehmerorganisationen aber auffallend zurück. Dies dürfte nicht nur an Zufälligkeiten der für 1945/46 besonders problematischen Aktenüberlieferung liegen, sondern hier kamen die zunächst schwierigen Organisationsbedingungen für die Unternehmerschaft zur Wirkung sowie die sozialisierenden Tendenzen innerhalb der Militärregierung. Sie trugen dazu bei, daß die Unternehmerschaft allenfalls über die Leitungen ihrer Betriebskassen in Erscheinung trat, noch eher aber, sofern dies möglich war, über die Voten ihrer Belegschaften, von denen sie sich offensichtlich eine bessere Wirkung versprach als von allzu offenen eigenen Interventionen.

Viel vehementer als die Unternehmer und ähnlich wie der Betriebskassenverband meldeten sich die Angestelltenkrankenkassen zu Wort. Auch sie bezogen, allerdings in anderer Weise, die politischen Tendenzen der Arbeitsoffiziere ein, indem sie die Debatte von vornherein auf der Ebene der Demokratisierungspolitik anzusiedeln versuchten. In einer umfangreichen Denkschrift wandte sich beispielsweise die Freiburger Sektion des Verbandes der Angestelltenkrankenkassen als Sprecherin der Ersatzkassen in Baden schon Ende November 1945 gegen die Einheitsversicherungspläne, die ihr demnach offensichtlich früher als den Württembergern bekannt waren, und sie trug ihre Einwände am 12. Dezember 1945 auch direkt bei Hesselbarth in Baden-Baden vor.⁴² Die Ersatzkassen stellten sich als die *corporification*⁴³ *de l'idée démocrate dans l'assurance sociale* dar und bezeichneten die Einheitskasse als *le comble de la dictature*. Auch dieser Verband berief sich auf Äußerungen britischer Arbeitsoffiziere, die Sozialversicherungsreform sei den Deutschen zu überlassen; vor dem Wiederaufbau einer *législature solidement démocrate* solle daher von Reformen Abstand genommen werden. Auch im Elsaß sei das deutsche Sozialversicherungssystem nach 1919 beibehalten worden, was seine Qualität beweise.⁴⁴ Eine Verbilligung ergebe sich durch die Zusammenlegung der Kassen im übrigen nicht.⁴⁵ Mit ihrer Berufung auf die Demokratisierungspolitik rührten die Ersatzkassen in der Tat an die bereits mehrfach beobachtete Problematik der französischen Konzeptionen. Doch angesichts der Finanzschwierigkeiten einerseits und des in seiner Zielsetzung

⁴² *Union des Assurances-maladie Sociales des employés* (sic) Freiburg an Service du Travail, 26. 11. u. 18. 12. 1945; AdO Colmar 2414/6.

⁴³ Gemeint sein dürfte die „Verkörperung“.

⁴⁴ Eine Eingabe des Verbandes an Hesselbarth, 17. 12. 1945 (ebd.), analysierte in Auseinandersetzung mit dem oben Anm. 22 zitierten Artikel von Martzloff die deutschen Traditionen in der französischen Sozialversicherung.

⁴⁵ Die Statistiken des Verbandes waren allerdings am 27. 11. 1944 bei einem Bombenangriff zerstört worden; desgl., 18. 12. 1945. Der Verband verteidigte hier auch die Betriebskassen. Unmittelbar vor der Verordnung vom 27. 4. 1946 legte der Verband am 24. 4. 1946 (ebd.) dem Freiburger Arbeitsoffizier noch einen Plan vor, wie die Ersatzkassen in einem Landesauschuß organisiert werden könnten für die Verhandlungen mit den Ärzten, Krankenhäusern usw. Die Militärregierung hatte den Plan angefordert, was darauf hindeutet, daß Freiburg im April 1946 noch nicht fest mit der Durchsetzung der Reform rechnete.